

Gewerbesteuer

Von

Dr. habil. Jürgen W. Hidiën

Professor an der Fachhochschule für Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen, Nordkirchen

Dr. Carsten Pohl, LL. M,

Oberregierungsrat im Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Georg Schnitter,

Professor an der Fachhochschule für Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen, Nordkirchen

14. Auflage

2009

Herausgeber:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1054-4

© 2009 Erich Fleischer Verlag, Achim

Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus nachzudrucken oder auf fotomechanischem Wege zu vervielfältigen, auch nicht für Unterrichtszwecke. Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen nur mit Genehmigung des Verlages.

Gesamtherstellung: iBK Druck & Service, Scheeßel

Vorwort zur 14. Auflage

Mit dieser Aktualisierung und gänzlichen Neuarbeitung legen wir die neue 14. Auflage der „Gewerbsteuer“ vor.

Nachdem im Jahr 2003 der Versuch einer grundlegenden Reform der reformbedürftigen Steuer im politischen Verfahren weitgehend gescheitert war, scheint der immer wieder gefährdete Bestand der ehrwürdigen Steuer nunmehr vorerst gesichert zu sein. Sie besitzt sicherlich in guten wie in schlechten Zeiten eine zentrale, auch grundgesetzlich anerkannte Fiskalfunktion für die Gemeinden als Steuergläubiger. Aus der Sicht der betroffenen Unternehmen als Steuerschuldner, namentlich der Kapitalgesellschaften, ist unverkennbar, dass die Steuer mit einem Steuersatz von derzeit durchschnittlich 14 % auf den Gewerbeertrag eine zweite, beachtliche Unternehmenssteuer neben der Körperschaftsteuer darstellt.

Die erheblich erweiterte und ergänzte Auflage konnte den bewährten Standard des Bandes und der Reihe fortführen. Sie musste aber zahlreiche gesetzliche Änderungen ab 2000 sowie die mittlerweile ergangene neue Rechtsprechung, Literatur und die einschlägigen Verwaltungsanweisungen auswerten. Wesentliche Änderungen namentlich der zentralen Hinzurechnungs- und Kürzungsvorschriften hat das Gewerbesteuergesetz durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14.08.2007 mit Wirkung ab dem Erhebungszeitraum 2008 erfahren. Diese Neuaufgabe berücksichtigt insoweit letztmals sowohl die aufgearbeitete Rechtslage bis einschließlich 2007 als auch die neue Rechtslage. Seither sind eine Reihe weiterer, kleinerer Änderungen erfolgt. Eine Überarbeitung der Gewerbesteuerrichtlinien steht für die nächste Legislaturperiode bevor. Diese Auflage entspricht dem Rechtszustand 01.07.2009 und berücksichtigt die letzte Änderung des GewStG durch das Gesetz vom 17.03.2009 (BGBl I S. 550).

Die erste Auflage des Bandes hatte im Jahre 1964 Gerd Spangemacher vorgelegt. Gerd Spangemacher (zuletzt: Vorsitzender Richter am Finanzgericht a. D.) hat den Band bis zur 12. Auflage betreut und stetig fortentwickelt. Nach seinem Tod hat sein Sohn Klaus Spangemacher (Leitender Regierungsdirektor a. D. im Land Nordrhein-Westfalen und vormals Dozent an der Landesfinanzschule) im Jahre 2000 die 13. Auflage bearbeitet.

Die neuen Autoren verfügen ebenfalls über eine langjährige praktische Erfahrung in den Diensten der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. Jürgen W. Hidi und Georg Schnitter sind als Hochschullehrer und Professoren an der Fachhochschule für Finanzen (FHF) des Landes in Nordkirchen tätig; Carsten Pohl hat dort ebenfalls bis Mitte 2009 unterrichtet und ist seither Referent im Finanzministerium des Landes. Sie sind zudem auf allen Gebieten des Steuerrechts sowie des Steuerfassungs- und Finanzrechts ausgeprägt schriftstellerisch tätig. Mit der Neuaufgabe, die auch eine Reihe formaler Anpassungen und Ergänzungen vorgenommen hat, wollen die Autoren den steuersystematischen Gedanken auch im Gewerbesteuerrecht verbreiten und die Grundlagen des Rechtsgebiets vertiefen.

Wir bedanken uns beim Erich Fleischer Verlag, aber auch bei den Voraotoren, für die Übernahme der Neuauflage und bei den beteiligten Mitarbeitern des Verlages für die engagierte, sorgfältige Betreuung und zügige Veröffentlichung des umfangreichen Bandes.

Für Hinweise auf dennoch mögliche Irrtümer, technische Fehler, aber auch für Verbesserungsvorschläge sind die Autoren selbstverständlich dankbar.

August 2009

Jürgen W. Hidién, Münster i. W.
Carsten Pohl, Oberhausen
Georg Schnitter, Oberhausen

Rechtsgrundlagen:

GewStG 2002	in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl I S. 4167; BStBl I S. 1192), zuletzt geändert durch Art. 6 a des Dritten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz) vom 17. März 2009 (BGBl I S. 550)
GewStDV	in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl I S. 4180; BStBl I S. 1205), zuletzt geändert durch Art. 6 b des Dritten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz) vom 17. März 2009 (BGBl I S. 550)
GewStR	vom 21. Dezember 1998 (BStBl I Sondernummer 2 S. 91), zusätzlich ab 2007 mit sog. Hinweisen des BMF

Inhaltsübersicht

	Seite
1 Grundlagen und Grundzüge der Besteuerung	23
1.1 Allgemein	23
1.1.1 Wesen der Gewerbesteuer als Gemeinde- und Ertragsteuer.	23
1.1.2 Aktuelle einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen des Gewerbesteuerrechts	25
1.1.3 Neue Reformgesetze	26
1.1.3.1 Reformgesetze seit 2006.	26
1.1.3.2 Insbesondere: Das Unternehmensteuerreformgesetz 2008	26
1.1.4 Entstehung der Steuer und Rechtsentwicklung	29
1.1.4.1 Entwicklung bis 1949	29
1.1.4.2 Entwicklung nach Inkrafttreten des Grundgesetzes	31
1.1.4.3 Gewerbebesteuerung im Ausland	33
1.1.4.4 Steuerstrukturelle Reformen: „Alte“ und „neue“ Gewerbesteuer ..	33
1.2 Zur steuertheoretischen Rechtfertigung der Gewerbesteuer	36
1.2.1 Einordnung der Diskussion	36
1.2.2 Äquivalenzprinzip	36
1.2.3 Prinzip der individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	39
1.3 Finanzverfassungsrechtliche Steuerhoheit	40
1.3.1 Steuergesetzgebungshoheit	40
1.3.2 Steuerverwaltungshoheit	41
1.3.3 Steuerertragshoheit	41
1.4 Kommunalrechtliche Besonderheiten der Gewerbesteuer als Gemeindesteuer .	42
1.4.1 Verfassungsrechtliche Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG)	42
1.4.1.1 Kommunale Finanzhoheit und Finanzausstattung als Element der kommunalen Selbstverwaltung	42
1.4.1.2 Hebesatzrecht (Art. 28 Abs. 2 Satz 3 2. Halbsatz GG)	43
1.4.1.3 Verfassungsfeste Garantie der Gewerbesteuer?	45
1.4.2 Gewerbesteuererhebungsrecht, Gewerbesteuererhebungspflicht, Mindest- und Höchsthebesätze	46
1.4.3 Gesetzesbindung der Gemeinden	47
1.4.4 Gewerbesteuerumlage	48
1.4.5 Der Inlands- und Lokalcharakter der Gewerbesteuer	50
1.4.6 Die Gemeinde als Steuergläubiger	51
1.4.7 Mehrere Gemeinden als Steuergläubiger: Zerlegung der Steuer ...	52
1.4.8 Länder ohne Gemeinden	54
1.5 Finanzwissenschaftliche Bedeutung	54
1.6 Finanzwirtschaftliche Bedeutung	55
1.7 Steuerwirtschaftliche Auswirkungen	56
1.8 Steuersystematische Einordnung der Gewerbesteuer	57
1.8.1 Allgemein	57
1.8.2 Die Gewerbesteuer als Steuer	58
1.8.3 Die Gewerbesteuer als direkte Steuer	59
1.8.4 Die Gewerbesteuer als Realsteuer	59
1.8.5 Die Gewerbesteuer als Objektsteuer	61

Inhaltsübersicht

1.8.6	Die Gewerbesteuer als Unternehmensteuer und objektive Ist-Ertragsteuer	64
1.8.7	Die Gewerbesteuer als spezielle Ertragsteuer	66
1.8.8	Sonstige verwaltungsrechtliche Einordnungen	66
1.9	Überblick über den Aufbau des materiellen Steuertatbestandes	67
1.9.1	Aufbau des Gesetzes und des Steuertatbestandes	67
1.9.2	Traditionelles Besteuerungsmodell	68
1.9.3	Steuergegenstand (Steuerobjekt)	69
1.9.4	Steuersubjekt und Steuerschuldner	72
1.9.5	Steuerbefreiungen und Steuerpflicht	72
1.9.6	Steuerbemessungsgrundlage	73
1.9.7	Steuersatz und Steuertarif	76
1.9.8	Steuerentstehung und Steuerfälligkeit	77
1.10	Überblick über das formelle Gewerbesteuerrecht	78
1.10.1	Zweigeteilte und gestufte Verwaltungszuständigkeiten	78
1.10.2	Steuerliche Pflichten des Unternehmers	79
1.10.3	Besteuerungsverfahren der Landesfinanzverwaltung	80
1.10.4	Besteuerungsverfahren der Gemeindefinanzverwaltung	81
1.10.5	Zweigeteilte und gestufte Rechtsschutzverfahren	81
1.11	Wechselseitige Einwirkungen von Gewerbesteuer und übrigen Ertragsteuern und ertragsteuerliche Besonderheiten der Gewerbesteuer	82
1.11.1	Begrenzte Bindung der Gewerbesteuer an die Einkommensteuer	82
1.11.2	Betriebsausgabe und In-Sich-Abzugsfähigkeit der Steuer (bis Erhebungszeitraum 2007)	83
1.11.3	Gewerbesteuerrückstellung	83
1.11.4	Kostensteuer	84
1.11.5	Finanzausgleichsteuer: Steuerermäßigung gem. § 35 EStG	84
1.12	Verfassungsmäßigkeit der Steuer	85
1.12.1	Generelle Verfassungsmäßigkeit	85
1.12.2	Punktuelle Verfassungsmäßigkeit	88
1.13	Europarechtsmäßigkeit	90
1.13.1	Generelle Europarechtsmäßigkeit	90
1.13.2	Punktuelle Europarechtswidrigkeit	91
1.14	Zur Reformdiskussion	92
1.14.1	Mängel des Gewerbesteuerrechts	92
1.14.2	Reformvorschläge	93
2	Der natürliche Gewerbebetrieb – Gewerbebetrieb kraft gewerblicher Betätigung einer natürlichen Person	97
2.1	Allgemeines	97
2.2	Begriff des Gewerbebetriebs	97
2.3	Merkmale des Gewerbebetriebs im Einzelnen	102
2.3.1	Selbständigkeit	102
2.3.1.1	Allgemeines	102
2.3.1.2	Merkmale der Selbständigkeit	104
2.3.1.3	Merkmale der Unselbständigkeit	105
2.3.1.4	Gemischte Tätigkeiten	108
2.3.1.5	Einzelfälle	109

2.3.2	Nachhaltigkeit	114
2.3.2.1	Allgemeines	114
2.3.2.2	Erzielung von Einnahmen	114
2.3.2.3	Maßgebliche Willensentscheidung	114
2.3.2.4	Mehrzahl von Ausführungshandlungen	116
2.3.2.5	Einmalige Tätigkeit	117
2.3.2.6	Dauerzustand durch einmalige Tätigkeit	117
2.3.2.7	Keine gelegentliche Tätigkeit	118
2.3.2.8	Umfang des Objekts	119
2.3.3	Gewinnerzielungsabsicht	119
2.3.3.1	Allgemeines	119
2.3.3.2	Begriff der Gewinnerzielungsabsicht	120
2.3.3.3	Totalgewinn	123
2.3.3.4	Liebhaberei	124
2.3.4	Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr	128
2.3.5	Keine Vermögensverwaltung	135
2.3.6	Vermietung von beweglichen Sachen	136
2.3.7	Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz	137
2.3.8	Veräußerung beweglicher Wirtschaftsgüter	140
2.4	Gewerblicher Grundstückshandel	141
2.4.1	Allgemeines	141
2.4.2	Begriff des Gewerbebetriebs	141
2.4.3	Drei-Objekt-Grenze	145
2.4.4	Art des Objekts	146
2.4.5	Veräußerung von Objekten	149
2.4.6	Enger zeitlicher Zusammenhang	149
2.4.7	Veräußerung unbebauter Grundstücke	152
2.4.8	Veräußerung von bebauten Grundstücken	153
2.4.9	Veräußerung selbst errichteter Gebäude	154
2.4.10	Gewerbliche Großobjekte	155
2.4.11	Personengesellschaften	156
2.4.12	Kapitalgesellschaften	159
2.4.13	Ehegatten	159
2.4.14	Realteilung	160
2.4.15	Beginn und Ende	160
2.5	Betriebsaufspaltung	161
2.5.1	Allgemeines	161
2.5.2	Personelle Verflechtung	162
2.5.3	Beteiligungsidentität	163
2.5.4	Beherrschungsidentität	163
2.5.5	Verfolgung gleichgerichteter Interessen	164
2.5.6	Zusammenrechnung von Ehegattenanteilen	164
2.5.7	Zusammenrechnung der Anteile von Eltern und Kindern	165
2.5.8	Faktische Beherrschung	166
2.5.9	Gütergemeinschaft	167
2.5.10	Stimmrechtsausschluss	167
2.5.11	Insolvenz des Betriebsunternehmens	167
2.5.12	Sachliche Verflechtung	168
2.5.13	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	170

Inhaltsübersicht

2.5.14	Beginn und Ende	171
2.5.15	Rechtsfolgen	171
2.6	Abgrenzung zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft	171
2.6.1	Allgemeine Grundsätze	171
2.6.1.1	Bedeutung	171
2.6.1.2	Abgrenzungsgrundsätze	173
2.6.2	Grundbegriff der „Landwirtschaft“ gem. § 13 Abs. 1 Nr. 1 EStG	174
2.6.2.1	Art der Erzeugung (Urproduktion)	176
2.6.2.2	Art der zulässigen Verwertung	176
2.6.2.3	Umfang des zulässigen Zukaufs	178
2.6.3	Tierzucht und Tierhaltung als „Landwirtschaft“	183
2.6.3.1	Bodenbewirtschaftung als Grundlage	183
2.6.3.2	Abgrenzung zur gewerblichen Tierzucht und Tierhaltung	184
2.6.4	Sonstige Bereiche der Land- und Forstwirtschaft	186
2.6.5	Nebenbetriebe gem. § 13 Abs. 2 Nr. 1 EStG und weitere gemischte Tätigkeiten	187
2.6.5.1	Definition und Arten von Nebenbetrieben	187
2.6.5.2	Be- und Verarbeitungsbetriebe als Nebenbetriebe	189
2.6.5.3	Substanzbetriebe	192
2.6.5.4	Gewerbliches Gepräge der landwirtschaftlichen Tätigkeit kraft überwiegender gewerblicher Tätigkeit	193
2.6.5.5	Art und Umfang steuerunschädlicher weiterer gemischter Tätigkeiten	194
2.6.6	Landwirtschaft in den rechtsformabhängigen Gewerbebetrieben	197
2.7	Abgrenzung zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit	198
2.7.1	Allgemeine Bedeutung	198
2.7.2	Allgemeine Grundsätze der selbständigen Arbeit	200
2.7.2.1	Selbständige und unselbständige Tätigkeit	200
2.7.2.2	Persönliche Tätigkeit und Mithilfe anderer Personen	201
2.7.2.3	Einkünfte aus selbständiger Arbeit und gewerblicher Tätigkeit („gemischte“ Tätigkeiten)	206
2.7.2.4	Besonderheiten bei Personenzusammenschlüssen und Umfang des Gewerbebetriebes bei sog. Mischtatbeständen	212
2.7.2.4.1	Gemeinschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, atypisch stille Gesellschaft	212
2.7.2.4.2	OHG, KG, GmbH und Co. KG	218
2.7.2.4.3	Berufsfremde Beteiligte	219
2.7.2.4.4	Kapitalgesellschaft	221
2.7.2.4.5	Arbeitsgemeinschaften	221
2.7.2.4.6	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	222
2.7.2.4.7	Partnerschaftsgesellschaft	222
2.7.3	Freiberufliche Tätigkeit, § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG	223
2.7.3.1	Unbestimmter Begriff der Freiberuflichkeit (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 EStG)	223
2.7.3.1.1	Selbständige Tätigkeitsberufe, Katalogberufe und ähnliche Berufe (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG)	224
2.7.3.2	Ausgewählte einzelne (Katalog-)Berufe, Berufsgruppen und Wirtschaftsbranchen	227
2.7.3.2.1	Künstler, Kunsthandwerker	227

2.7.3.2.2	Ärzte, Augenärzte, Tierärzte	234
2.7.3.2.3	Ingenieur, Architekt	236
2.7.3.2.4	Erfinder	239
2.7.3.2.5	Selbständige Berufe in der Informationswirtschaft	241
2.7.3.2.6	Selbständige Berufe in der Werbewirtschaft	243
2.7.4	Weitere Arten selbständiger Tätigkeiten	245
2.7.4.1	§ 18 Abs. 1 Nr. 2 EStG	245
2.7.4.2	§ 18 Abs. 1 Nr. 3 EStG	246
2.7.4.3	§ 18 Abs. 1 Nr. 4 EStG	246
2.7.5	Übersicht A – Z	247
2.8	Der stehende Gewerbebetrieb	255
2.8.1	Kein Reisegewerbebetrieb	256
2.8.2	Betriebsstätte	256
2.8.2.1	Allgemeine Bedeutung	256
2.8.2.2	Einrichtung: Geschäftseinrichtung oder Anlage	259
2.8.2.3	Feste Einrichtung	260
2.8.2.4	(Gewerbliche) Tätigkeit eines Unternehmens	260
2.8.2.5	„Dienende Einrichtung“	261
2.8.2.6	Bauausführungen und Montagen	262
2.8.2.7	Beispielhafte Fälle	263
2.8.2.8	Übersicht A – Z zur Kasuistik der Betriebsstätte	265
2.8.3	Inland	271
2.8.3.1	Allgemeine Bedeutung	271
2.8.3.2	Staatsrechtlicher Grundbegriff des Inlands	272
2.8.3.3	Spezifisch gewerbesteuerrechtlicher Begriff des Inlands	272
2.8.3.3.1	Betriebsstätte auf einem Schiff (§ 2 Abs. 1 Satz 3 GewStG)	273
2.8.3.3.2	Anteil am Festlandsockel (§ 2 Abs. 7 Nr. 1 GewStG)	273
2.8.3.3.3	Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet (§ 2 Abs. 7 Nr. 2 GewStG)	274
2.8.3.4	Besteuerung der inländischen Betriebsstätte bei Auslandsbeziehungen	275
2.8.3.4.1	Abgrenzung und Zuordnung der steuerbaren Einkünfte	275
2.8.3.4.2	DBA-Fall	279
2.8.3.4.3	Besteuerungsverzicht im Nicht-DBA-Fall (§ 2 Abs. 6 GewStG)	281
2.8.3.5	Unterhalten der inländischen Betriebsstätte	282
2.8.3.6	Reisegewerbebetriebe	283
2.9	Einheit und Mehrheit von Gewerbebetrieben und Tätigkeiten bei Einzelunternehmen	283
2.9.1	Rechtliche Bedeutung der sachlichen Selbständigkeit des Unternehmens	283
2.9.1.1	Das selbständige Steuerobjekt	284
2.9.1.2	Nur ein Gewerbesteuermessbescheid	284
2.9.1.3	Verrechnung von Gewinn und Verlust	285
2.9.1.4	Verpachtung	285
2.9.1.5	Zerlegung	286
2.9.2	Gesetzliche Regelungen	286
2.9.3	Grundsätze der sachlichen Selbständigkeit	287
2.9.3.1	Allgemein	287
2.9.3.2	Grundsatz der sachlichen Selbständigkeit (Trennungsgrundsatz)	288
2.9.3.3	Objektive Merkmale der Einheitsbildung	289
2.9.3.4	Subjektive Merkmale der Einheitsbildung	291

Inhaltsübersicht

2.9.3.5	Gesamtbild und Verkehrsauffassung	292
2.9.4	Grundsätze der Einheitsbildung bei Betrieben verschiedener (ungleicher) Art	292
2.9.5	Grundsätze der Einheitsbildung bei Betrieben der gleichen Art . . .	295
2.9.6	Sonderfälle	296
2.9.6.1	Gewerbebetriebe der Gesellschafter	296
2.9.6.2	Pachtbetriebe	296
2.9.6.3	Nacheinander bestehende Betriebe	296
2.9.6.4	Teilbetrieb	298
2.9.6.5	Betriebsaufspaltung – Organschaft	300
2.9.7	Zusammentreffen von gewerblicher mit nichtgewerblicher Tätigkeit	301
2.10	Betriebe der öffentlichen Hand	302
2.10.1	Allgemeine Bedeutung	302
2.10.2	Juristische Person des öffentlichen Rechts	304
2.10.3	Stehender Gewerbebetrieb kraft Tätigkeit	305
2.10.4	Abgrenzung zum Hoheitsbetrieb	307
2.10.5	Zusammenfassung mehrerer Betriebe in einer öffentlichen Hand (Umfang der Steuerpflicht)	310
2.10.5.1	Gewerbebetrieb und Hoheitsbetrieb	311
2.10.5.2	Mehrere Gewerbebetriebe, insbesondere: Gewinnbetrieb und Verlustbetrieb (steuerlicher Querverbund)	312
2.10.6	Kasuistik	315
2.10.7	Besteuerung	316
2.11	Der Reisegewerbebetrieb	317
2.11.1	Allgemeine Bedeutung	317
2.11.2	Tatbestandsvoraussetzungen	318
2.11.3	Zusammentreffen von stehendem Gewerbebetrieb und Reise- gewerbebetrieb	321
2.11.4	Hebeberechtigung der Gemeinde	321
2.11.5	Einzelfälle	322
3	Gesellschaften als Gewerbesteuerobjekt	324
3.1	Gewerbebetriebe nach § 15 Abs. 3 EStG und § 2 Abs. 2 GewStG	324
3.1.1	Umfassend gewerbliche Personengesellschaften	325
3.1.1.1	Die Personengesellschaften des § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG	325
3.1.1.1.1	Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbe- betriebs	325
3.1.1.1.2	Gewerbliche Tätigkeit	326
3.1.1.2	Arbeitsgemeinschaften	328
3.1.1.3	GmbH & Co. KG – gewerbliche Prägung	329
3.1.2	Kapitalgesellschaften und ähnliche juristische Personen	331
3.1.3	Folgen für die Besteuerung	332
3.1.4	Organschaft	333
3.1.4.1	Rechtsgrundlage und Rechtsentwicklung	333
3.1.4.2	Zweck der Organschaft im Gewerbesteuerrecht	333
3.1.4.3	Voraussetzungen der Organschaft	334
3.1.4.3.1	Persönliche Anforderungen	334
3.1.4.3.1.1	Die Organgesellschaft	334
3.1.4.3.1.2	Der Organträger	335
3.1.4.3.2	Sachliche Anforderungen	337

3.1.4.3.2.1	Finanzielle Eingliederung	337
3.1.4.3.2.2	Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrags	339
3.1.4.4	Rechtsfolgen der Organschaft	340
3.1.4.4.1	Grundsätzliches zur Ermittlung des Gewerbeertrags	340
3.1.4.4.2	Vermeiden von Mehrfachbesteuerung und -entlastung	342
3.1.4.4.3	Gewerbeerluste	343
3.1.4.4.4	Zerlegung in Organschaftsfällen	343
3.2	Gewerbebetrieb kraft wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	343
3.2.1	Voraussetzende Rechtsformen	343
3.2.1.1	„Sonstige“ juristische Personen des privaten Rechts	343
3.2.1.2	Nichtrechtsfähige Vereine	345
3.2.2	Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	345
3.2.2.1	Begriff „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb“	346
3.2.2.2	Erzielung von Einnahmen und Vorteilen	346
3.2.2.3	Keine Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr	346
3.2.2.4	Nicht Land- und Forstwirtschaft	347
3.2.3	Umfang der Gewerbesteuerpflicht	348
3.2.4	Mehrere wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	348
4	Steuerpflicht, Steuerschuld und Steuerberechtigung (§§ 2 bis 5 GewStG)	349
4.1	Sachliche und persönliche Steuerpflicht, Steuerberechtigung	349
4.2	Sachliche Steuerpflicht	351
4.2.1	Rechtsgrundlagen und Diskussionsstand	351
4.2.2	Beginn der sachlichen Steuerpflicht	355
4.2.2.1	Beginn bei Einzelgewerbebetrieben	355
4.2.2.2	Beginn bei Personengesellschaften	358
4.2.2.3	Beginn bei Betrieben gewerblicher Art der öffentlichen Hand	361
4.2.2.4	Beginn bei Kapitalgesellschaften und anderen Körperschaften	361
4.2.2.5	Beginn bei sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts	363
4.2.2.6	Beginn durch Wegfall einer Steuerbefreiung	363
4.2.3	Ende der sachlichen Steuerpflicht	363
4.2.3.1	Ende bei Einzelgewerbetreibenden	363
4.2.3.1.1	Einstellen des aktiven Betriebs und Steuerfreiheit von aperiodischen Gewinnen	363
4.2.3.1.2	Gewinne aus der „Versilberung“ des eingestellten Betriebs	369
4.2.3.1.3	Keine Einstellung bei ruhendem Betrieb	371
4.2.3.2	Ende bei Personengesellschaften	372
4.2.3.3	Ende bei Betrieben gewerblicher Art der öffentlichen Hand	374
4.2.3.4	Ende bei Kapitalgesellschaften und anderen Körperschaften	374
4.2.3.5	Ende bei sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts	377
4.2.3.6	Ende durch Eintritt einer Steuerbefreiung	378
4.2.4	Beginn und Ende in Sonderfällen	378
4.2.4.1	Insolvenz	378
4.2.4.2	Unternehmerwechsel	379
4.2.4.2.1	Allgemein	379
4.2.4.2.2	Auswirkung der Fiktion	380
4.2.4.2.3	Übergang im Ganzen	381
4.2.4.2.4	Vereinigung mit bestehendem Betrieb	382
4.2.4.2.5	Unternehmerwechsel bei einem Teilbetrieb	382
4.2.4.2.6	Besondere Fälle des Unternehmerwechsels	383

Inhaltsübersicht

4.2.4.3	Organschaft	383
4.2.4.4	Betriebs- und Teilbetriebsverpachtung	384
4.2.4.4.1	Verpachtung eines Gewerbebetriebs im Ganzen	384
4.2.4.4.2	Verpachtung eines Teilbetriebs	385
4.2.5	Umfang der Steuerpflicht (sachliche Selbständigkeit)	387
4.2.5.1	Gewerbebetriebe gem. § 2 Abs. 1 GewStG	388
4.2.5.2	Gewerbebetriebe gem. § 2 Abs. 2 GewStG	388
4.2.5.3	Gewerbebetriebe gem. § 2 Abs. 3 GewStG	389
4.3	Steuerbefreiungen (§ 3 GewStG)	389
4.3.1	Allgemeine Grundsätze	389
4.3.1.1	Arten und Zwecke der Steuerbefreiungen	389
4.3.1.2	Tatbestandsmäßigkeit und Reichweite der Steuerbefreiungen	391
4.3.2	Einzelne Gewerbesteuerbefreiungen für staatliche Unternehmen ..	396
4.3.2.1	Staatliche Monopolunternehmen (§ 3 Nr. 1 GewStG)	396
4.3.2.2	Staatliche Banken (§ 3 Nr. 2 GewStG)	396
4.3.2.3	Frühere Treuhandanstalt (§ 3 Nr. 2 a GewStG)	397
4.3.3	Einzelne Gewerbesteuerbefreiungen für erwerbswirtschaftliche Unternehmen	397
4.3.3.1	Förderung der Urproduktion	397
4.3.3.1.1	Realgemeinden (§ 3 Nr. 5 GewStG)	397
4.3.3.1.2	Hochsee- und Küstenfischerei (§ 3 Nr. 7 GewStG)	397
4.3.3.1.3	Landwirtschaftliche Verwertungsgenossenschaften (§ 3 Nr. 8 GewStG)	398
4.3.3.1.4	Landwirtschaftliche Tierhaltung (§ 3 Nr. 12 GewStG)	398
4.3.3.1.5	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (§ 3 Nr. 14 GewStG)	398
4.3.3.2	Sicherungsfonds der Finanzwirtschaft (§ 3 Nr. 21 GewStG)	399
4.3.3.3	Bürgschaftsbanken (§ 3 Nr. 22 GewStG)	399
4.3.3.4	Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (§ 3 Nr. 23 GewStG)	399
4.3.3.5	Kapitalbeteiligungsgesellschaften (§ 3 Nr. 24 GewStG)	399
4.3.3.6	Wirtschaftsförderungsgesellschaften (§ 3 Nr. 25 GewStG)	399
4.3.3.7	Hafenbetriebe (§ 3 Nr. 26 GewStG)	400
4.3.4	Einzelne Gewerbesteuerbefreiungen für sozialwirtschaftliche Unternehmen	400
4.3.4.1	Steuerbegünstigte Unternehmen (§ 3 Nr. 6 GewStG, § 51 AO)	400
4.3.4.2	Versorgungskassen (§ 3 Nr. 9 GewStG)	402
4.3.4.3	Berufsverbände (§ 3 Nr. 10 GewStG)	403
4.3.4.4	Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen (§ 3 Nr. 11 GewStG)	403
4.3.4.5	Schulen (§ 3 Nr. 13 GewStG)	403
4.3.4.6	Wohnungsgenossenschaften (§ 3 Nr. 15 GewStG)	404
4.3.4.7	Siedlungsunternehmen (§ 3 Nr. 17 GewStG)	404
4.3.4.8	Pensionssicherungsverein (§ 3 Nr. 19 GewStG)	404
4.3.4.9	Krankenhäuser u. Ä. Einrichtungen (§ 3 Nr. 20 GewStG)	405
4.3.4.10	Versorgungszusammenschlüsse (§ 3 Nr. 27 GewStG)	405
4.3.4.11	Medizinische Dienste (§ 3 Nr. 28 GewStG)	406
4.3.4.12	Einrichtungen der Tarifvertragsparteien (§ 3 Nr. 29 GewStG)	406
4.3.4.13	Auftragsforschung (§ 3 Nr. 30 GewStG)	406
4.3.5	Weitere Befreiungen außerhalb des GewStG	406

4.4	Persönliche Steuerpflicht	407
4.4.1	Steuerpflicht und Steuerschuld.	407
4.4.2	Grundsatz: Unternehmer als Steuerschuldner	408
4.4.2.1	Begriff des Unternehmers	408
4.4.2.2	Persönliche Eigenschaften des Unternehmers	411
4.4.2.3	Juristische Personen i. S. des § 2 Abs. 2 GewStG als Unternehmer	411
4.4.2.4	Sonstige Personen i. S. des § 2 Abs. 3 GewStG als Unternehmer	411
4.4.3	Gesetzliche Sonderregelungen des Steuerschuldners.	412
4.4.3.1	Personengesellschaften als Steuerschuldner	412
4.4.3.2	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	413
4.4.4	Weitere Sonderfälle des Steuerschuldners	414
4.4.4.1	Innungsgesellschaften, insbesondere stille Gesellschaft	414
4.4.4.2	Gesellschaftsähnliche Mitunternehmerschaften (Gemeinschaften)	415
4.4.4.3	Organschaft	415
4.4.4.4	Betriebe gewerblicher Art der öffentlichen Hand.	415
4.4.4.5	Betriebsaufspaltung	416
4.4.5	Steuerschuldner bei Unternehmerwechsel.	416
4.4.6	Entstehen, Fälligkeit und Erlöschen der Gewerbesteuerschuld	417
4.4.7	Haftung für die Gewerbesteuer	418
4.5	Steuerberechtigung (§ 4 GewStG).	419
4.5.1	Begriff und Bedeutung der Heheberechtigung	419
4.5.2	Heheberechtigung bei stehendem Gewerbebetrieb	421
4.5.2.1	Betriebsstätte in einer Gemeinde	421
4.5.2.2	Betriebsstätte in einem gemeindefreien Gebiet.	422
4.5.2.3	Betriebsstätte in einem ausländischen Gewerbegebiet	422
4.5.3	Heheberechtigung beim Reisegewerbe	423
4.5.4	Heheberechtigung bei der Schifffahrt	423
4.5.5	Feststellung der Heheberechtigung	423
5	Besteuerung nach dem Gewerbeertrag	425
5.1	Allgemeines	425
5.2	Ermittlung des Gewerbeertrags	425
5.3	Ermittlung des Gewinns.	426
5.3.1	Allgemeines	426
5.3.2	Besonderheiten bei Einzelunternehmen	428
5.3.3	Besonderheiten bei Mitunternehmerschaften	428
5.3.4	Besonderheiten bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen	429
5.4	Abwicklung und Insolvenz.	429
5.5	Aufgabe- und Veräußerungsgewinne	430
5.5.1	Allgemeines	430
5.5.2	Veräußerungs- und Aufgabegewinne bei Einzelunternehmen.	431
5.5.3	Veräußerungs- und Aufgabegewinne bei Mitunternehmerschaften (§ 7 Satz 2 GewStG)	431
5.5.4	Veräußerungs- und Aufgabegewinne bei Körperschaften	432
5.6	Gewerbeertrag bei Handelsschiffen im internationalen Verkehr (§ 7 Satz 3 1. Halbsatz GewStG)	432
5.7	Gewerbeertrag bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (§ 7 Satz 3 2. Halbsatz GewStG)	433

Inhaltsübersicht

5.8	Gewerbeertrag bei Eigengesellschaften (§ 7 Satz 5 GewStG)	433
5.9	Entschädigungen	433
5.10	Ausgleichszahlungen nach § 89 b HGB.	433
5.11	Nachträgliche Einkünfte	434
6	Hinzurechnungen	435
6.1	Grundlagen	435
6.1.1	Allgemeine Bedeutung	435
6.1.2	Funktionen der gewerbesteuerlichen Korrekturen (Hinzurechnungen und Kürzungen)	436
6.1.2.1	Realisierung des Objektsteuerprinzips	436
6.1.2.2	Weitere Funktionen	437
6.1.3	Auswirkungen	438
6.1.4	Gewinn als Teil des Gewerbeertrags	439
6.1.5	Hinzurechnungsgebot als Abzugsverbot	439
6.1.6	Grundbedingungen der Hinzurechnung	440
6.1.6.1	Gewinnabsatz	440
6.1.6.2	Korrespondenzprinzip	440
6.1.7	Zusätzliche Grundbedingungen der Hinzurechnung gem. § 8 Nr. 1 GewStG	441
6.1.7.1	Trennungs- und Geprägeprinzip bei gemischten Verträgen	441
6.1.7.2	(Nutzungs-)Überlassung oder Übertragung?	442
6.1.8	Besonderheiten der Organschaft	442
6.1.9	Abhängigkeit vom Ertragsteuerrecht	444
6.1.10	Insbesondere: Korrekturvorschriften bei Beteiligungserträgen im Überblick	444
6.1.11	Gebietsmäßige Abgrenzung	446
6.1.12	Änderungen ab Erhebungszeitraum 2008 durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008.	446
6.1.12.1	Allgemein zum Unternehmensteuerreformgesetz 2008.	446
6.1.12.2	Allgemein zur Änderung des § 8 Nr. 1 n. F. GewStG ab Erhebungszeitraum 2008	448
6.1.12.3	Bewertung der Neuregelung ab Erhebungszeitraum 2008	453
6.2	Entgelte für Schulden	456
6.2.1	Allgemein	456
6.2.2	Begriff der Entgelte für Schulden	456
6.2.3	Gesetzlich gleichgestellte Entgelte	460
6.2.3.1	Skonti	460
6.2.3.2	Diskont	461
6.3	Entgelte für Dauerschulden (Rechtslage bis Erhebungszeitraum 2007)	463
6.3.1	Allgemein.	463
6.3.1.1	Inhalt der Regelung	463
6.3.1.2	Bedeutung der Regelung	464
6.3.1.3	Rechtsentwicklung	465
6.3.1.4	Verfassungsmäßigkeit	465
6.3.1.5	Europarechtsmäßigkeit	487
6.3.2	Begriff der Schulden und Dauerschulden	488
6.3.2.1	Wesen der Dauerschuld	488
6.3.2.2	Abgrenzung zu den laufenden Verbindlichkeiten	470

6.3.3	Verstärkung des Betriebskapitals durch die Schuld.....	473
6.3.3.1	Art der Verstärkung.....	473
6.3.3.2	Art der Mittelverwendung.....	474
6.3.4	Dauercharakter der Verstärkung.....	475
6.3.5	Schulden aus betrieblichen Kreditverhältnissen.....	477
6.3.5.1	Bindung, Zweck, Notwendigkeit und Nutzung des Kredits.....	477
6.3.5.2	Kontokorrentkredit.....	480
6.3.5.3	Saisonkredite, Teilzahlungsgeschäfte.....	483
6.3.5.4	Mehrere Kredite nebeneinander, keine Verrechnung.....	484
6.3.5.5	Zwischenkredite.....	489
6.3.6	Mindestbetrag.....	489
6.3.7	Maßgebliche Zeitdauer.....	491
6.3.8	Kreditinstitute, Bausparkassen.....	492
6.3.9	Steuern, Schadenersatz, Haftung, Gewährleistung.....	492
6.3.9.1	Steuerschulden.....	492
6.3.9.2	Schadenersatz, Haftung und Gewährleistung.....	493
6.3.10	Besonderheiten.....	494
6.3.10.1	Höhe der Schuld.....	494
6.3.10.2	Umwandlung des Schuldcharakters.....	494
6.3.10.3	Organschaft.....	494
6.3.10.4	Betriebsaufspaltung.....	495
6.3.11	Verschiedene Schuldverhältnisse (Einzelnachweise).....	496
6.3.12	„Entgelte“ für (Dauer-)Schulden.....	502
6.3.12.1	Begriff der Entgelte.....	502
6.3.12.2	Einzelfälle (ABC der Entgelte).....	503
6.3.12.3	Maßgebliche Entgeltberechnung.....	505
6.3.12.4	Entgeltsvereinbarung.....	505
6.3.12.5	Saldierung von Entgelten und Erstattungen.....	506
6.4	Renten und dauernde Lasten.....	507
6.4.1	Allgemein.....	507
6.4.2	Voraussetzungen.....	508
6.5	Renten und dauernde Lasten (Rechtslage bis Erhebungszeitraum 2007).....	509
6.5.1	Allgemein.....	509
6.5.1.1	Zweck der Regelung.....	509
6.5.1.2	Voraussetzungen der Regelung und Rechtmäßigkeit.....	510
6.5.2	Renten und dauernde Lasten.....	511
6.5.2.1	Begriff der Renten.....	511
6.5.2.1.1	Rentenstammrecht.....	512
6.5.2.1.2	Art der Renten, Anwartschaften.....	512
6.5.2.1.3	Wertsicherungsklausel, regelmäßige Wiederkehr.....	513
6.5.3	Dauernde Lasten.....	513
6.5.3.1	Begriff.....	513
6.5.3.2	Abgrenzung zu anderen Schuldverhältnissen.....	515
6.5.3.2.1	Erbbauzinsen.....	515
6.5.3.2.2	Konzessionsabgaben, Wassernutzungsentgelte.....	516
6.5.4	Maßgebliche Vorgänge.....	516
6.5.4.1	Gründung oder Erwerb.....	516
6.5.4.1.1	Gründung.....	516

Inhaltsübersicht

6.5.4.1.2	Andere Vorgänge	517
6.5.4.2	Betrieb, Teilbetrieb, Anteil am Betrieb	518
6.5.4.3	Mögliche Einschränkungen	519
6.5.4.4	Wirtschaftlicher Zusammenhang	519
6.5.5	Besteuerung beim Empfänger	520
6.5.6	Umfang der Hinzurechnung	520
6.6	Gewinnanteile des stillen Gesellschafters	520
6.6.1	Allgemein	520
6.6.2	Voraussetzungen	521
6.7	Gewinnanteile des stillen Gesellschafters (Rechtslage bis Erhebungszeitraum 2007)	521
6.7.1	Allgemein	521
6.7.2	Der Begriff des stillen Gesellschafters bzw. der stillen Gesellschaft	523
6.7.2.1	Beteiligung über eine Vermögenseinlage	523
6.7.2.2	Beteiligung an einem (Handels-)Gewerbe	524
6.7.2.3	Erreichung eines gemeinsamen Zwecks	524
6.7.2.4	Beteiligung am Gewinn	525
6.7.2.5	Unterbeteiligung und stille Gesellschaft	525
6.7.3	Abgrenzung zu verwandten Rechtsverhältnissen	526
6.7.3.1	Leitende Angestellte als stille Gesellschafter	527
6.7.3.2	Ähnliche Rechtsverhältnisse	529
6.7.4	Ausschluss und Umfang der Hinzurechnung	529
6.7.4.1	Begriff und Umfang	529
6.7.4.2	Zeitpunkt des Zufließens	530
6.7.4.3	Besteuerung beim Empfänger	531
6.8	Miet- und Pachtzinsen (bewegliche Wirtschaftsgüter)	531
6.8.1	Allgemein	531
6.8.2	Voraussetzungen	533
6.9	Miet- und Pachtzinsen (unbewegliche Wirtschaftsgüter)	536
6.9.1	Allgemein	536
6.9.2	Voraussetzungen	536
6.10	Miet- und Pachtzinsen (Rechtslage bis Erhebungszeitraum 2007)	537
6.10.1	Allgemein	537
6.10.2	Miet- und Pachtverträge	539
6.10.2.1	Bürgerlichrechtliche Beurteilung	540
6.10.2.2	Steuerrechtliche Ausrichtung	541
6.10.3	Gegenstand des Vertrags	543
6.10.3.1	Wirtschaftsgut	544
6.10.3.1.1	Steuerrechtlicher Begriff	544
6.10.3.1.2	Immaterielle Wirtschaftsgüter	544
6.10.3.2	Eigentum eines anderen	545
6.10.3.3	Anlagevermögen	546
6.10.3.4	Benutzung	547
6.10.3.5	Kein Grundbesitz	548
6.10.4	„Miet- und Pachtzinsen“	548
6.10.5	Ausschluss und Umfang der Hinzurechnung	549
6.10.5.1	Besteuerung des Vermieters/Verpächters	559
6.10.5.2	Ausnahme: Betrieb/Teilbetrieb als Vertragsgegenstand	550

6.10.5.3	Weitere Begrenzung	551
6.10.5.4	Hinzurechnung nur zur Hälfte	551
6.10.6	Einzelfälle	552
6.11	Nutzungsüberlassung von Rechten	554
6.11.1	Allgemein	554
6.11.2	Voraussetzungen	555
6.11.3	Begrenzte Ausnahmen von der Hinzurechnung	559
6.11.3.1	Durchleitungsrechte	559
6.11.3.2	Aufwendungen i. S. des KSVG	560
6.12	Gewinnanteile einer KGaA	561
6.12.1	Allgemein	561
6.12.2	Handelsrechtliche Ausgangslage	562
6.12.3	Vergütungen und Tantiemen	562
6.12.4	Verfassungsmäßigkeit	564
6.13	Dividenden	564
6.13.1	Wertpapierleihe	564
6.13.2	Schachtelprivileg	565
6.14	Dividenden (Rechtslage bis Erhebungszeitraum 2007)	567
6.14.1	Allgemein	567
6.14.2	Rechtsentwicklung	569
6.14.3	Voraussetzungen und Umfang der Hinzurechnung	570
6.14.3.1	Natürliche Personen als Anteilseigner	572
6.14.3.2	Juristische Personen als Anteilseigner	573
6.14.4	Ausnahmen von der Hinzurechnung	573
6.14.4.1	Gewerbesteuerliches Schachtelprivileg	573
6.14.4.2	Hinzurechnungen nach AStG	575
6.14.5	Behandlung bei Organschaft	575
6.15	Anteile an Verlusten bei Personengesellschaften	575
6.15.1	Allgemein	575
6.15.2	Voraussetzungen	577
6.16	Abzugsfähige gemeinnützige Ausgaben nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG	578
6.17	Bestimmte Gewinnminderungen (§ 8 Nr. 10 GewStG)	579
6.18	Ausländische Steuern	581
6.19	§ 8 a a. F. GewStG	581
7	Kürzungen	583
7.1	Allgemeines	583
7.2	Kürzung für den Grundbesitz und für Grundstücksunternehmen (§ 9 Nr. 1 GewStG)	583
7.2.1	Allgemeines	583
7.2.2	Kürzung für den Grundbesitz (§ 9 Nr. 1 Satz 1 GewStG)	583
7.2.2.1	Allgemeines	583
7.2.2.2	Grundbesitz	584
7.2.2.3	Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen	584
7.2.2.4	Keine Befreiung von der Grundsteuer	585
7.2.2.5	Umfang der Kürzung	585
7.2.3	Kürzung bei Grundstücksunternehmen (§ 9 Nr. 1 Sätze 2 bis 6 GewStG)	587

Inhaltsübersicht

7.2.3.1	Allgemeines	587
7.2.3.2	Antrag	587
7.2.3.3	Grundstücksunternehmen	587
7.2.3.4	Verwaltung und Nutzung ausschließlich eigenen Grundbesitzes	588
7.2.3.4.1	Allgemeines	588
7.2.3.4.2	Verwaltung und Nutzung	588
7.2.3.4.3	Eigener Grundbesitz	588
7.2.3.4.4	Ausschließlichkeit	589
7.2.3.5	Erlaubte, aber nicht begünstigte Tätigkeiten (§ 9 Nr. 1 Satz 2 und Satz 3 GewStG)	590
7.2.3.6	Ausschlussstatbestände (§ 9 Nr. 1 Sätze 5 und 6 GewStG)	591
7.2.3.7	Umfang und Ermittlung der Kürzung	592
7.2.4	Immobilien-Leasing-Gesellschaften	593
7.2.5	Betriebsaufspaltung	593
7.3	Kürzung um Gewinnanteile von Personengesellschaften (§ 9 Nr. 2 GewStG)	593
7.4	Erträge aus inländischen Schachtelbeteiligungen (§ 9 Nr. 2 a GewStG)	594
7.5	Gewinne aus Komplementär-Anteilen an KGaA (§ 9 Nr. 2 b GewStG)	597
7.6	Gewinne aus ausländischen Betriebsstätten (§ 9 Nr. 3 GewStG)	598
7.6.1	Allgemeines	598
7.6.2	Ausländische Betriebsstätten (§ 9 Nr. 3 Satz 1 GewStG)	598
7.6.3	Unternehmen der Seeschifffahrt (§ 9 Nr. 3 Satz 2 bis 5 GewStG)	598
7.7	Miet- oder Pachtzinsen beim Verpächter (§ 9 Nr. 4 GewStG a. F.)	599
7.8	Zuwendungen zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke (§ 9 Nr. 5 GewStG)	600
7.8.1	Allgemeines	600
7.8.2	Kürzung von Zuwendungen an bestimmte Körperschaften (§ 9 Nr. 5 Satz 1 und 2 GewStG)	601
7.8.3	Spenden in den Vermögensstock von Stiftungen (§ 9 Nr. 5 Satz 3 und 4 GewStG)	602
7.8.4	Vertrauensschutz (§ 9 Nr. 5 Satz 6 GewStG)	603
7.8.5	Haftung (§ 9 Nr. 5 Satz 7 bis 11 GewStG)	603
7.9	Gewinne aus Schachtelbeteiligungen an aktiv tätigen Auslandsgesellschaften und EU-Gesellschaften (§ 9 Nr. 7 GewStG)	604
7.9.1	Allgemeines	604
7.9.2	Beteiligung an einer Tochtergesellschaft (§ 9 Nr. 7 Satz 1 GewStG)	604
7.9.3	Beteiligung an einer Enkelgesellschaft (§ 9 Nr. 7 Satz 4 bis 6 GewStG)	606
7.10	Gewinne aus Beteiligungen an Auslandsgesellschaften bei Bestehen eines DBA (§ 9 Nr. 8 GewStG)	607
8	Ermittlung der Gewerbesteuerschuld	610
8.1	Maßgebender Gewerbeertrag	610
8.1.1	Grundsatz	610
8.1.2	Abweichendes Wirtschaftsjahr	610
8.1.3	Beginn und Beendigung der Steuerpflicht, Umstellung des Wirt- schaftsjahres	611
8.1.4	Gewerbeverlust	611
8.1.4.1	Allgemeines	611
8.1.4.2	Voraussetzungen des Verlustabzugs	612

8.1.4.2.1	Vorhandensein von Fehlbeträgen	612
8.1.4.2.2	Unternehmensidentität	612
8.1.4.2.3	Unternehmeridentität	617
8.1.4.2.4	Besonderheiten in Organschaftsfällen	620
8.1.4.3	Durchführung des Verlustabzugs	621
8.1.4.4	Verfahrensfragen	622
8.2	Ermittlung des Gewerbesteuermessbetrags	623
8.2.1	Abrundung	623
8.2.2	Freibetrag	624
8.2.3	Anzuwendende Steuermesszahl	625
8.2.3.1	Normale Steuermesszahl	625
8.2.3.2	Besondere Steuermesszahl	625
9	Steuermessbetrag	627
9.1	Maßgeblicher Zeitraum	627
9.2	Wegfall der Steuerpflicht	627
9.3	Steuererklärungspflicht	627
9.4	Pauschfestsetzung	628
10	Verfahren bei der Besteuerung nach dem Gewerbeertrag	629
10.1	Überblick	629
10.2	Örtliche Zuständigkeit des Finanzamts	631
10.2.1	Betriebsfinanzamt	631
10.2.2	Rechtsfolgen bei Verletzung der örtlichen Zuständigkeit	632
10.3	Allgemeine Funktionen des Finanzamt – Vorbereitungen für die Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags	632
10.4	Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags	632
10.4.1	Gewerbesteuermessbescheid	632
10.4.1.1	Feststellung der sachlichen Steuerpflicht und Steuerschuldnerschaft	632
10.4.1.2	Bekanntgabe, Adressierung	633
10.4.1.3	Freistellungsbescheid	634
10.4.2	Mitteilung an Gemeinde	634
10.4.3	Verspätungszuschlag	634
10.4.4	Verjährung, Verwirkung	635
10.5	Rechtsbehelfsverfahren	635
10.5.1	Einspruch – Klage – Revision	635
10.5.2	Einlegung von Rechtsbehelfen	635
10.5.2.1	Rechtsbehelfe gegen den Gewerbesteuermessbescheid des Finanzamts	635
10.5.2.2	Einwendungen gegen Gewerbesteuerbescheid der Gemeinde	636
10.5.2.3	Einwendungen gegen Fehlbetragsfeststellungsbescheid	636
10.5.3	Beschränkung des Rechtsbehelfs	636
10.5.4	Aussetzung der Vollziehung	639
10.6	Berichtigung von Gewerbesteuermessbescheiden	641
10.6.1	Folgeänderung	641
10.6.1.1	Änderung des Gewinns	642
10.6.1.2	Änderung des Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuerbescheids	642
10.6.1.3	Umfang der Folgeänderung	643

Inhaltsübersicht

10.6.1.4	Folgeänderung von Amts wegen	643
10.6.1.5	Verfahrensrechtliches	643
10.6.1.6	Rechtsmittel gegen den geänderten Gewerbesteuermessbescheid	644
10.6.2	Andere Berichtigungsmöglichkeiten	644
10.7	Festsetzung der Gewerbesteuer	644
10.7.1	Hebesatz	644
10.7.2	Gewerbesteuerbescheide	645
10.7.3	Vorauszahlungen	645
10.8	Erhebung der Gewerbesteuer	646
11	Zerlegung der Gewerbesteuer	647
11.1	Grundlagen der gewerbesteuerrechtlichen Zerlegung	647
11.1.1	Verfassungsrechtlich gebotene horizontale Steuerverteilung	647
11.1.2	Begriff und Zweck der Zerlegung	648
11.1.3	Bedeutung der Äquivalenzlehre für die Zerlegung	648
11.2	Zerlegungsgründe und Bedeutung der Betriebsstätte für die Zerlegung (§ 28 GewStG)	649
11.2.1	Konkurrierende Heheberechtigung in mehreren Gemeinden	649
11.2.2	Gemeinde mit Betriebsstätte	650
11.2.3	Ausnahmen vom Zerlegungsgebot	651
11.2.4	Mehrgemeindliche Betriebsstätten	653
11.2.4.1	Definition des Rechtsbegriffs	653
11.2.4.2	Kasuistik	654
11.3	Zerlegungsmaßstäbe	656
11.3.1	Allgemein	656
11.3.2	Verhältnis der Arbeitslöhne (§ 29 GewStG)	657
11.3.3	Begriff der „Arbeitslöhne“ (§ 31 GewStG)	659
11.3.4	Mehrgemeindliche Betriebsstätte (§ 30 GewStG)	660
11.3.5	Zerlegung in besonderen Fällen (§ 33 GewStG)	665
11.3.5.1	Allgemein	665
11.3.5.2	Billigkeitslösung	666
11.3.5.3	Einigungslösung	669
11.3.6	Kleinbeträge (§ 34 GewStG)	671
11.4	Zerlegungsverfahren	671
11.4.1	Sachliche und örtliche Zuständigkeit	671
11.4.2	Verfahrensbeteiligte	671
11.4.3	Zerlegungsbescheid	672
11.4.4	Änderung oder Nachholung der Zerlegung	673
11.4.5	Zuteilungsverfahren	674
11.4.6	Rechtsschutz	674
	Literaturverzeichnis	677
	Abkürzungen	685
	Stichwortverzeichnis	687